

# Kommen Sie uns besuchen! Heute. Bei ndLive

Diskussionen, Konzerte, Lesungen, Ausstellungen, Filme, Kinderfest und eine Redaktion zum Anfassen. Ab 10 Uhr am Franz-Mehring-Platz in Berlin.

Foto: Marc Wellmann



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Sonnabend/Sonntag, 14./15. Juni 2014

69. Jahrgang/Nr. 136

Berlinausgabe 2,00 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Irakische Amnesie

Roland Etsel zu deutschen Vergesslichkeiten

»Es kommt jetzt darauf an, dass das Voranschreiten von ISIS in Irak gestoppt wird«, gab sich Frank-Walter Steinmeier besorgt. Vielleicht war er es in diesem Moment sogar wirklich. Aber der Zweifel daran ist groß. Darf man einem amtierenden Außenminister soviel partielle Amnesie zubilligen? Das Urteil neigt klar zum Nein, und der SPD-Mann macht einem dies zusätzlich leicht, indem er auch jetzt noch tapfer offensichtliche Zusammenhänge leugnet.

Zum Beispiel das großzügige Darüberhinwegsehen, dass in Deutschland Gotteskrieger für Nahost fast wie in einem Reisebüro vermittelt werden konnten. Man kann wohl nicht sagen, dass deutsche Behörden an dieser Stelle versagt hätten. Eher, dass sie Dschihad-Tourismus nach Kräften nicht verhinderten – was sie in in anderen Fällen durchaus taten, wenn das vermutliche Reisezziel Afghanistan war.

Noch erstaunlicher ist, dass sich Steinmeier auch jetzt noch dem Eingeständnis verweigert, dass deutsche Waffenlieferungen nach Katar oder Saudi-Arabien mit dem Mordfeldzug der Dschihadisten in Irak (und Syrien) irgendetwas zu tun haben könnten. Man müsse »auch mit solchen Staaten weiter im Gespräch bleiben«, so der beleidigt reagierende Außenminister auf entsprechende Vorhaltungen von links.

Die Eigenart von Politikern, öffentlich über Kriege zu jammern und gleichzeitig die hauseigenen Rüstungsschmieden jubeln zu lassen, hatte schon immer etwas sehr Bestechendes.

## UNTEN LINKS

Heute soll es um Implikationen der Weisheit »Gott ist rund« gehen. Da wir aber gehalten sind, wenigstens diese Rubrik während der nächsten vier Wochen von Balla-Deskem frei zu halten, widmen wir uns nicht dem runden Leder, sondern dem gradeso geformten Leib. 67 Prozent der deutschen Männer und 53 der Frauen sind übergewichtig. Warum das so ist, verrät eine »online-repräsentative Umfrage« der eisemann Tiefkühl-Heimservice GmbH, bei der die zehn häufigsten Diät-Irrtümer der Deutschen enthüllt werden. Da für alle zehn kein Platz ist, soll hier nur der irrste Irrtum Erwähnung finden, der da schlicht lautet: 45 Prozent glauben, Fett macht fett. Nun glauben Menschen noch viel seltsamere Sachen als dieses Diktum, das ja durchaus noch einigermaßen vernünftig klingt. Zum Beispiel, dass Deutschland Weltmeister... Halt, wir wollen nicht am Ende doch noch ins Fettnäpfchen treten. Andererseits: Wenn wir auf diese Weise endlich unser Fett wegstreifen ... *ibo*



Foto: dpa/Jens Kalaene

Ost-Berlin. »Im Zweifel für den Zweifel«, heißt ein Lied der Band Tocotronic. Und auch wenn die Zeit der Losungen vorbei ist: Dies könnte eine gute sein. Nicht aufhören, skeptisch zu sein; nichts einfach glauben; ein Gewissen haben.

Vor 25 Jahren wurden in der DDR die Zweifel immer lauter, von einem »inneren Unfrieden« war bald in einem der vielen Aufrufe der Opposition zu lesen. Auch davon, dass sich viele »wund reiben an den Verhältnissen«.

Dann kam der Herbst und mit ihm die Wende, von der heute ein Bild übermächtig ist, das schon die nächsten Zweifel hervorrufen muss: Wollte diese friedliche Revolution wirklich und

von Anfang an schnurstracks in die Einheit? Oder war da nicht ein Frühling der Selbstermächtigung im Herbst des Umbruchs?

Die Wende von 1989 wurde auch zur Wende in dieser Zeitung. Die Redaktion zweifelte am Zentralorgan. Es folgte ein Neuanfang, der davon getrieben war, auch das nun Neue nicht als über jeden Zweifel erhaben anzusehen. »nd« wurde eine Zeitung, eine, die sich selbst an Verhältnissen reibt. Gezweifelt in jenem Herbst 1989 haben auch die Leserinnen und Leser, die Briefe von damals sind beredtes Zeugnis.

Die »Zweifel« auf dem Palast jener Republik hat der norwegische Künstler Lars O Ramberg

2005 installiert. Das Gebäude steht nicht mehr. Zweifel daran, dass es richtig war, dort stattdessen die architektonische Erinnerung ans Stadtschloss zu errichten, bleiben.

Lesen Sie in einem besonderen Wochen-nd, was der Schriftsteller Ingo Schulze über die Gegenwart von 1989 schreibt, lesen Sie unveröffentlichte ND-Leserbriefe aus der Wendezeit, ein Gespräch mit Roland Jahn über Versöhnung, lesen Sie, wie das Sandmännchen die Wende überstand und warum ein Gewerkschafter, als alles von Ost nach West strebte, von West nach Ost zog. Und behalten Sie Ihre Zweifel! *tos* *Seiten 3, 14, 17 bis 32*

## Erdbeeren mit bitterem Beigeschmack

Gewerkschaft wirft Thüringer Hof vor, Menschen für drei Euro die Stunde zu beschäftigen

**Beschäftigte aus Osteuropa arbeiten auf deutschen Feldern nicht selten unter katastrophalen Bedingungen. Jetzt werden schwere Vorwürfe gegen einen Betrieb aus Thüringen erhoben.**

Von Christian Klemm

Ob in Schlachthöfen, auf Baustellen oder in der Landwirtschaft – Beschäftigte aus Osteuropa werden in Deutschland ausgebeutet: Ihnen wird meist ein Hungerlohn gezahlt, sie sind oft nicht krankenversichert und müssen zum Teil in überlangen Schichten malochen. Über einen »Notruf« von Erntehelfern informiert jetzt die Agrargewerkschaft IG BAU. Tatort ist eine Erdbeerplantage in Thüringen, wo rund 700 Saisonkräfte unter »menschenunwürdigen Bedingungen« arbeiteten.

Der Erdbeerhof Gebesee bewirtschaftet laut eigener Homepage »mehr als 600 Hektar landwirtschaftliche Flächen«, auf ei-

nem »erheblichen Teil« werden Erdbeeren und Kartoffeln angebaut. »Gesucht werden für die Erdbeerernte zuverlässige, verantwortungsbewusste und körperlich belastbare Helfer/innen«, ist dort weiter zu lesen. »Wir bieten unseren Mitarbeitern neben einer fairen Bezahlung, ein gutes Teamklima und selbstständiges Arbeiten.« Schenkt man den Informationen der IG BAU Glauben, ist zumindest die faire Entlohnung gelogen. Sie spricht in einer Mitteilung von einem »kargen Akkordlohn«, der – auf die Stunde unter gerechnet – »nicht einmal drei Euro« betrage. Ob sich ein »gutes Teamklima« einstellen kann, wenn 20 Menschen in Zimmern von etwa zehn Quadratmetern übernachten, wie die IG BAU behauptet, darf ebenfalls bezweifelt werden. »Für alle zusammen gibt es nur drei Sanitärbereiche. Das heißt, gut 230 Personen teilen sich je eine Dusche und WC.«

Bereits Anfang der Woche ereignete sich in Gebesee ein Unfall mit einem Anhänger: Zwei Saisonarbeiterinnen wurden verletzt. Nach zwei Tagen konnten sie

*»Für alle zusammen gibt es nur drei Sanitärbereiche. Das heißt gut 230 Personen teilen sich je eine Dusche und WC.«*

IG BAU

wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden, gab Sören Leefers, geschäftsführender Gesellschafter des Hofes, auf Nachfrage von »nd« Auskunft. Die Vorwürfe gegen seinen Betrieb wies er mit Verweis auf eine Erklärung gegenüber dpa zurück: Die effektive Arbeitszeit betrage neun Stunden

täglich, in den Zimmern seien zwei bis acht Beschäftigte untergebracht und der Verdienst liege bei 1000 bis 1500 Euro monatlich, wovon sechs Euro pro Tag für Unterkunft und Verpflegung abgezogen würden. Nach Auskunft der Linkspartei ist das Unternehmen bisher nicht aufgefallen – weder positiv noch negativ.

Laut Jörg Heinel, Sekretär beim IG BAU-Bundesvorstand, sind Zustände, wie sie auf dem Thüringer Hof herrschen sollen, »keine Ausnahme«. Vor allem Bulgaren und Rumänen seien davon betroffen, sagte der Gewerkschafter dieser Zeitung. Bekanntlich will die Bundesregierung »moderne Sklavenbedingungen« (Heinel) durch einen gesetzlichen Mindestlohn verhindern. Dagegen aber regt sich Widerstand – auch aus den eigenen Reihen. Zuletzt hatten Unionsfraktionschef Volker Kauder und CDU-Vize Thomas Strobl Sinn und Zweck einer Lohnuntergrenze für Saisonarbeiter in Zweifel gezogen.

## Dschihadisten ziehen von drei Seiten vor Bagdad

Schiitenführer ruft zu Widerstand auf

Bagdad. Aus mindestens drei Richtungen sind die Dschihadisten in Irak am Freitag weiter auf Bagdad vorgerückt. In einem Umkreis von weniger als hundert Kilometern näherten sie sich der Hauptstadt aus den Provinzen Al-Anbar im Westen, Salaheddin im Norden und Dijala im Osten. Nach Polizeiangaben lieferten sich die Armee und Aufständische der Organisation Islamischer Staat im Irak und in der Levante (ISIS) unter anderem Kämpfe am Stadtrand von Mukdadiyah etwa 35 Kilometer nordöstlich von Bakuba, der Hauptstadt der Provinz Dijala. Andernorts stießen die Dschihadisten kaum auf Widerstand.

In Bagdad rechnet die Bevölkerung mit einem Einmarsch der Islamisten. Die Straßen waren am Freitag weitgehend menschenleer. Der Direktor des Instituts für Militär-analyse im Nahen Osten und am Golf, Riad Kahwadschi, schätzte die Zahl der kampfbereiten Dschihadisten in den Regionen nördlich von Bagdad auf 15 000. Der Internationalen Organisation für Migration in Genf zufolge ergriffen in den Städten Tikrit und Samarra etwa 40 000 Menschen die Flucht.

Das geistliche Oberhaupt der irakischen Schiiten, Ayatollah Ali al-Sistani, rief zum Widerstand gegen die radikalen Sunniten auf. Ein Sprecher von Sistani sagte beim Freitagsgebet in der Schiitenhochburg Kerbela, die Bürger sollten zu den Waffen greifen und »ihr Land, ihr Volk und ihre heiligen Stätten verteidigen«. Wer könne, solle sich den Sicherheitskräften im Kampf gegen die ISIS-Kämpfer anschließen.

Iran sagte der geschwächten irakischen Regierung von Ministerpräsident Nuri al-Maliki seine Unterstützung zu. Teheran wolle helfen, »das Massaker und die Straftaten der Terroristen zu bekämpfen«, sagte Präsident Hassan Ruhani in einem Telefonat mit Maliki. Die USA prüfen nach den Worten von US-Präsident Barack Obama »alle Optionen«. Ein US-Regierungsvertreter gab an, die US-Regierung erwäge Drohnenangriffe. *AFP/nd*

## Millionendefizit bei gesetzlichen Krankenkassen

DGB fürchtet steigende Beitragssätze für Versicherte

Berlin. Die gesetzlichen Krankenkassen sind laut einem Bericht der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« im ersten Quartal 2014 erstmals seit 2008 wieder in die Verlustzone gerutscht. Demnach sei von Januar bis März ein Defizit im dreistelligen Millionenbereich aufgelaufen. Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen wollte die Daten nicht kommentieren. Finanzergebnisse lägen noch nicht vor, betonte ein Sprecher. Ähnlich äußerte sich das Gesundheitsministerium.

Laut dem Bericht ändere das Defizit aber kurzfristig nichts an der guten Finanzausstattung des Gesundheitssystems. Die 134 Krankenkassen säßen zusammen auf Rücklagen von über 16 Milliarden Euro. Der Gesundheitsfonds habe über 13 Milliarden Euro auf der hohen Kante. Schon 2013 waren die Überschüsse der Kassen zurückgegangen – trotz weiter steigender Beschäftigung und höherer Tarifgehälter. Doch hatte die Regierung Milliardenzuschüsse gestrichen.

DGB-Vorstand Annelie Buntenbach kritisierte die Regierung: »Das Defizit war absehbar, denn der Gesetzgeber hat mit seinen Geschenken zum Beispiel für niedergelassene Ärzte selbst dazu beigetragen, dass die Ausgaben steigen.« Die von Minister Herrmann Gröhe (CDU) versprochene Beitragsgesenkung entpuppte sich schon jetzt als Märchen. Bis 2020 werde der Beitragssatz für die Versicherten um rund zwei Prozentpunkte steigen. *epd/nd* *Kommentar Seite 2*

